

**Antrag 43/II/2023**

**SPD-Ortsverein Königs Wusterhausen, SPD-UB Dahme-Spreewald**

**Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

**Empfehlung der Antragskommission  
zurückgestellt**

**Umgangsrechte und häusliche Gewalt 3**

- 1 Wir fordern die SPD geführte Landesregierung und
- 2 SPD-Landtagsfraktion aus sich für eine Anpassung
- 3 der Reform zum Umgangsrecht einzusetzen.

4

**5 Begründung**

- 6 Der Umgang wird nur selten verwehrt.
- 7 In der neue Anpassung der Reform zum Umgangs-
- 8 recht fehlen Sonderregelungen für gewalttätige El-
- 9 tern. Denn der Fokus der Rechtsprechung werde
- 10 falsch gesetzt. Auf der einen Seite werden Frauen
- 11 gedrängt, sich von einem gewalttätigen Partner\*in-
- 12 nen zu trennen und dafür auch noch Sorge zu tra-
- 13 gen, dass keine Gewalt passiert von Seiten der/des
- 14 Ex-Partner\*in. Und auf der anderen Seite ist, der Va-
- 15 ter, der ja den Umgang will, dem wird in keiner Wei-
- 16 se Verantwortung für sein Handeln zugeschrieben –
- 17 beziehungsweise wird nicht kontrolliert, was tut ei-
- 18 gentlich der Vater, dass er in einer positiven, guten,
- 19 kindgerechten, nicht Kindeswohlgefährdenden Wei-
- 20 se seinen Umgang ausübt.
- 21 Für sie sollte es daher gesetzliche Auflagen für Tä-
- 22 ter\*innenberatungen geben, die dann auch kontrol-
- 23 liert werden müssten. Dies müsse Voraussetzung
- 24 dafür sein, dass der Umgang überhaupt stattfinden
- 25 kann. Und das Wissen um Gewaltdynamiken müsse
- 26 am Verfahren Beteiligten Teil der offiziellen Ausbil-
- 27 dung sein. Denn noch wird in der Praxis so gut wie
- 28 nie Umgang ausgesetzt oder gar verwehrt.

Der Antragsteller wird gebeten, ein Ziel der Reform zu formulieren, so dass eine inhaltliche Bewertung des Antrages möglich ist. Die Begründung des Antrages ist nicht Teil der Beschlußfassung.